

Hopfenweg 21
PF/CP 5775
CH-3001 Bern
T 031 370 21 11
info@travailsuisse.ch
www.travailsuisse.ch

Staatssekretariat für Migration SEM
Stabsbereich Recht
Quellenweg 6
3003 Bern-Wabern

Per E-Mail
SB-Recht-Sekretariat@sem.admin.ch

Bern, 28.2.2017

Stellungnahme Travail.Suisse

Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“.

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit, zum direkten Gegenentwurf zur RASA-Initiative Stellung nehmen zu können.

Travail.Suisse hat die Masseneinwanderungsinitiative klar abgelehnt und sich nach deren Annahme am 9. Februar 2014 für eine EU-kompatible Umsetzung ausgesprochen. Der Erhalt der bilateralen Verträge mit der EU, sowie den Forderungen nach mehr und nicht weniger Schutz für die Arbeitnehmenden und keinen neuen Diskriminierungen am Arbeitsmarkt gehören zu den, in den Gremien von Travail.Suisse mehrfach bestätigten Maximen bei der Umsetzung der Verfassungsbestimmung von Artikel 121a. Mit der durch das Parlament beschlossenen Umsetzungsgesetzgebung im Ausländergesetz (AuG) ist Travail.Suisse folglich einverstanden.

Travail.Suisse begrüsst weiter den Entschluss des Bundesrates der Initiative „Raus aus der Sackgasse! Verzicht auf die Wiedereinführung von Zuwanderungskontingenten“ einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen. Zwar teilen wir grundsätzlich die Ziele der Initiative erachten diese aber als demokratiepolitisch problematisch sowie mit geringen Erfolgsaussichten in einer Volksabstimmung.

Ein direkter Gegenvorschlag darf unseres Erachtens nicht im Widerspruch mit den bilateralen Verträgen stehen und eine gewisse Klärung in Bezug auf die zukünftigen Beziehungen zur Europäischen Union ermöglichen. Weiter muss die parlamentarische Umsetzung von Artikel 121a BV gestützt werden und weitere innenpolitische Massnahmen zur Förderung der inländischen Erwerbsbevölkerung ermöglicht werden, um so eine eigenständige Steuerung der Zuwanderung nach Absatz 1 der Verfassungsbestimmung zu ermöglichen.

Diese Anforderungen an einen direkten Gegenvorschlag werden mit beiden vorgeschlagenen Varianten nicht erreicht. Die in Variante 2 vorgeschlagenen Streichung der Übergangsbestimmungen lässt den Widerspruch und damit die Gefährdung zu den bilateralen Verträgen bestehen. Diese Variante würde keine Klärung sondern weitere Unklarheiten über die Beziehungen zur EU entstehen lassen, würde sich der Bundesrat damit doch einem latenten Verhandlungsdruck unterwerfen. Gleichzeitig bringt sie den inländischen Arbeitskräften keinerlei Vorzüge. Weiter ist die in den Übergangsbestimmungen enthaltene Umsetzungsfrist von drei Jahren mit der Verabschiedung der Umsetzungsfrist durch das Parlament hinfällig geworden. Damit würde dieser Gegenvorschlag keine konkrete Veränderung bewirken, was mit Blick auf die Chancen in einer Volksabstimmung problematisch erscheint.

Bei der vorgeschlagenen Variante 1 ist zwar die Konformität mit den bilateralen Verträgen gegeben und es wird die parlamentarische Umsetzung von Artikel 121a BV gestützt. Es bleibt aber demokratiepolitisch zumindest problematisch, wenn zwar die Steuerung der Zuwanderung über Kontingente und Höchstzahlen in der Verfassung erhalten bleiben, gleichzeitig aber das FZA als grössten Treiber der Zuwanderung davon ausgenommen bleibt. Ausserdem fehlt der Verweis auf die Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials. Bei einem solchen Gegenvorschlag haben wir grosse Bedenken was die Erfolgsaussichten in einer Volksabstimmung anbelangen.

Zusammenfassend finden wir die Bestätigung der Verankerung von Kontingenten und Höchstzahlen in der Bundesverfassung unglücklich. Gleichzeitig sind wir aber von der politischen Notwendigkeit eines Gegenvorschlags zur RASA-Initiative überzeugt. Die vorgeschlagenen Varianten vermögen aber nicht zu überzeugen. Variante 2 ist aus Sicht von Travail.Suisse überhaupt nicht zielführend und wir empfehlen davon Abstand zu nehmen. Variante 1 bringt immerhin Klarheit in Bezug auf die bilateralen Verträge. Wir erachten es aber als zwingend in einem eigenen Absatz die Förderung der inländischen Erwerbsbevölkerung zu ergänzen.

Mit bestem Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und freundlichen Grüssen



Adrian Wüthrich
Präsident



Gabriel Fischer
Leiter Wirtschaftspolitik